

# Die ZZ fragt, Politiker antworten



Serie  
Politikern  
auf den  
Zahn  
geföhlt

## Was ist Ihr Vorschlag, um Krankenhäuser wie das in Zeven zu erhalten und weiter zu entwickeln?

Foto Borgardt

### Oliver Grundmann, CDU



Das vom Kreistag verabschiedete Strukturierungskonzept geht in die richtige Richtung. Dass die rot-grüne Landesregierung bislang die Auszahlung der Sicherstellungszuschläge verweigert, ist ein Skandal. Wenn die Gelder endlich fließen, muss ein Schwerpunkt auf die ausreichend nachgefragten medizinischen Leistungen gesetzt werden. Das Patientenwohl ist dabei vorrangig, wirtschaftliche Gründe dürfen erst an zweiter Stelle stehen. Für die Zukunft ist die Zusammenführung von ambulanten und stationären Leistungen der richtige Schritt.

Am Sonntag, 24. September, wird ein neuer Bundestag gewählt. Im Wahlkreis 30 (Stade I – Rotenburg II) stellen sich acht Direktkandidaten zur Wahl. Die Redaktion der ZEVENER ZEITUNG hat



Bundestagswahl  
2017

alle hiesigen Bewerber zu verschiedenen bundespolitischen Themen nach ihrer Meinung gefragt. Im heutigen dritten Teil unserer Serie „Politikern auf den Zahn geföhlt“ geht es um den Erhalt kleiner Krankenhäuser.

### Oliver Kellmer, SPD



Die SPD im Land hat einen milliardenschweren Sanierungsplan für Krankenhäuser vorgelegt. Wir werden bis 2020 1,3 Milliarden Euro in Krankenhäuser investieren. Damit soll insbesondere die wohnortnahe stationäre Versorgung deutlich verbessert werden. Niedersachsen hat mit der geringsten Bettendichte in Deutschland. Einrichtungen in dünn besiedelten Gebieten werden eine „Sicherstellungszulage“ erhalten. Grundsätzlich brauchen wir eine verbesserte Gesundheitsplanung, um die ambulante und stationäre Versorgung besser zu verzahnen, vor allem auf dem Land.

### Ralf Poppe, Bündnis 90/Die Grünen



Bedarfsorientierte statt kostenorientierte Geschäftsführung im Besitz der Kommunen. Eine gute, engmaschige medizinische Versorgung auch auf dem Land darf kein Luxus sein. Das ist Daseinsvorsorge, die der Staat für seine Einwohner/innen sicherzustellen hat. Schluss mit der Privatisierung. Dass das nicht funktioniert, zeigen die Probleme im Gesundheitswesen, wo oft das gemacht wird, was Geld bringt, z.B. künstliches Gelenk statt Physiotherapie, der schleppende Ausbau der Stromnetze sowie die Nachforderungen der Autobahn-1-Betreiber.

### Klemens Kowalski, Die Linke



Fehlende Hausarztstellen sollen durch das Krankenhaus aufgefangen werden. Krankenhäuser können Haus/Landarztpraxen betreiben, um Ärzte von der Bürokratie zu entlasten. Damit kann die Fläche ärztlich betreut werden und Behandlungen im Krankenhaus effektiver geplant werden. Gleichzeitig stärken wir die Arztversorgung auf dem Land. Ein Krankenhaus kann dadurch optimierter arbeiten. Zuschüsse werden trotzdem immer nötig sein.

### André Grote, FDP



Die Attraktivität solcher kleinen Krankenhäuser muss gegenüber den großen Ärztezentren zum Beispiel in Hamburg deutlich erhöht werden. Innovative medizinische Ansätze, gerade im Bereich der Forschung, könnten den Standort besonders für junge Ärzte attraktiv gestalten. Die Digitalisierung wird auch in die Medizin vermehrt eintreten und neue Jobs kreieren, hier muss man vorausdenken und nicht der Entwicklung hinterherlaufen.

### Astrid zum Felde, AfD



Die Krankenhäuser müssen durch Land und Kommunen stärker finanziell unterstützt werden, um die Privatisierung von Krankenhäusern zu verhindern beziehungsweise rückgängig zu machen. Die Erhaltung regionaler Krankenhäuser ist ein wichtiges Mittel zur Verhinderung der Landflucht. Daher ist dieses Geld auch investiert. Die kostenlose Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen, Asylanten und Migranten hingegen ist auf Dauer nicht tragbar.

### Richard Bodo Klaus, PIRATEN



Um zielführend antworten zu können, fehlen mir zur Zeit weiterführende Informationen.

### Udo Knoop, Einzelbewerber



Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand. Privatisierung der Häuser ist immer verbunden mit Gewinnmaximierung. Können Häuser wie das MLK nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden, droht die Schließung und es werden Notlösungen aus dem Boden gestampft. Bereits privatisierte Krankenhäuser müssen in die öffentliche Hand überführt werden. Der Mensch muss im Mittelpunkt der Gesundheit stehen, nicht die Interessen der Eigentümer. Eine Beteiligung des Bundes an den Kosten ist unausweichlich. Das MLK bedarf einer Sanierung und Erweiterung.